

Manuel Seidel

Das Vetorecht eines Vorstandsmitglieds in der Aktiengesellschaft

**WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE
AUS DEM TECTUM VERLAG**

Reihe Rechtswissenschaften

WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE AUS DEM TECTUM VERLAG

Reihe Rechtswissenschaften

Band 102

Manuel Seidel

**Das Vetorecht eines Vorstandsmitglieds
in der Aktiengesellschaft**

Tectum Verlag

Manuel Seidel

Das Vetorecht eines Vorstandsmitglieds in der Aktiengesellschaft.

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag:

Reihe: Rechtswissenschaften; Bd. 102

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018

Zugl. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 2018

E-Book: 978-3-8288-7032-1

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4166-6 im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN: 1861-7875

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorwort

Der Fachbereich Rechtswissenschaft der Humboldt Universität Berlin hat die vorliegende Arbeit im Sommersemester 2017 als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt allen Personen, die mich bei der Bearbeitung meiner Promotionsarbeit unterstützt haben. Zuvörderst ist dabei mein Doktorvater *Gregor Bachmann* zu nennen, welcher als wichtiger Impulsgeber durchgehend schnell und direkt kommunizierte. Auf diese Weise wurde mir die Fertigstellung der Arbeit wesentlich erleichtert.

Ich danke ebenfalls *Lars Klöhn* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Auch bin ich *Jan-Erik Schirmer* und *Bodo Wawrzyniak* für die von ihnen gegebenen inhaltlichen Anregungen und Kritiken sehr verbunden.

Ganz herzlichen Dank gilt meinen Eltern, *Annegret und Sylvio Seidel* für die Fürsorge und Unterstützung. Ich widme beiden meine Arbeit.

Auch bin ich *Mariya Ivanova* zu tiefstem Dank verpflichtet. Sie hat mich seit Beginn des Studiums stets liebevoll unterstützt und viel Verständnis für meine Zielsetzungen und Ambitionen gezeigt, die für sie mit nicht unerheblichen Entbehrungen verbunden waren.

Berlin, 31. März 2018

Manuel Seidel

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
§ 1 Allgemeines.....	5
A. Gesetzliche Ausgangslage.....	5
B. Bedeutung des „Vetos“	6
C. Rechtliche Wirkung und Definition des Vetorechts	7
I. Darstellung im Schrifttum und in der Rechtsprechung	7
II. Stellungnahme.....	8
1. Positiver und negativer Beschluss	8
2. Rechtliche Wirkung des Vetos	8
3. Definition.....	10
D. Abgrenzung zu ähnlichen Rechten	11
I. Interventionsrecht	11
II. Widerspruchsrecht	12
E. Mögliche Spielarten des Vetorechts	13
I. Mindestanzahl an Vorstandsmitgliedern.....	13
II. Beschränkung auf einzelne Ressorts.....	14
III.Betriebswirtschaftliche Kennzahlen als Anknüpfungspunkt	14
IV.Art der Geschäftsführungsmaßnahme.....	15
§ 2 Zulässigkeit des Vetorechts in einer mitbestimmungsfreien Gesellschaft.....	17
A. Vetorecht eines Vorstandsmitglieds	17
I. Das Urteil des OLG Karlsruhe.....	18
1. Ausführungen des Gerichts	18
2. Bestehen eines Vetorechts	19
3. Bedeutung des Urteils für die Frage nach der Zulässigkeit des Vetorechts.....	20

II. Die Argumente der herrschenden Meinung	20
1. Vergleichbarkeit des Vetorechts mit dem Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung	20
2. Differenzierung zwischen positiven und negativen Beschlüssen	21
3. Vergleichbar starke Position durch eine Einzelgeschäftsführungs- und Einzelvertretungsbefugnis	22
4. Rechtsgedanke des § 115 Abs. 1 HGB	22
5. Restriktive Auslegung von Ausnahmeverordnungen	23
6. Gesetzeshistorie	23
7. Keine Verletzung des Grundsatzes der Gleichberechtigung.....	23
III. Die Argumentation der Minderansicht.....	24
1. Vetorecht habe eine andere Rechtsqualität	24
2. Verstoß gegen § 77 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 AktG	25
3. Mögliche Gestaltung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis nicht maßgeblich	26
4. § 115 Abs. 1 HGB lasse keinen Rückschluss zu	27
5. Vergleich mit dem Aufsichtsrat	27
6. § 77 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 AktG sei keine Ausnahmeverordnung.....	28
7. Gesetzeshistorie	28
8. Verletzung des Grundsatzes der Gleichberechtigung.....	29
IV. Stellungnahme.....	29
1. Kein Verstoß gegen § 77 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 AktG.....	29
a) Wortlaut.....	29
b) Gesetzesystematik und gesetzestheoretische Aspekte	30
aa) Gesetzesimmanente Differenzierung zwischen positiven und negativen Entscheidungen.....	31
1) § 77 Abs. 1 S. 1 AktG	31
2) Möglichkeit der Einflussnahme bei Beschlussfassung.....	31
3) Gefahrenpotenzial bei Beschlüssen.....	33
4) Fließender Übergang zwischen positiven und negativen Beschlüssen irrelevant.....	34
5) Zwischenergebnis	35

bb) „Andere Rechtsqualität“ des Vetorechts unberheblich.....	36
cc) Inkonsistenz bei Zulässigkeit von Mehrheitserfordernissen	37
dd) Vergleich mit Aufsichtsrat	38
1) Gesetzlicher Rahmen	38
2) Begrenzter Gestaltungsspielraum bei Mehrheitserfordernissen.....	38
3) Kein Rückschluss auf die Zulässigkeit des Vetorechts eines Vorstandsmitglieds möglich... .	39
ee) Regelungen zur Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis lassen keinen Rückschluss zu.....	40
ff) § 115 Abs. 1 HGB erlaubt keinen Rückschluss.....	42
gg) Keine einschränkende Auslegung durch § 23 Abs. 5 S. 1 AktG.....	43
hh) Restriktive Auslegung von Ausnahmeverordnungen.....	46
ii) Ergebnis	47
c) Historische Auslegung.....	47
aa) Intention des Gesetzgebers bei Streichung des Alleinentscheidungsrechts	47
bb) Vetorecht läuft der Regelungsabsicht des Gesetzgebers nicht entgegen	47
cc) Gefahr etwaiger Alleingänge durch jüngere Entwicklungen im AktG geringer	49
dd) Entscheidung gegen die Mehrheit nicht per se ausgeschlossen	51
d) Verfassungsorientierte Auslegung	53
aa) Inhalt und Abgrenzung zur verfassungskonformen Auslegung.....	53
bb) Art. 9 Abs. 1 GG	54
cc) Art. 14 Abs. 1 GG	55
dd) Zusammenfassung	56
e) Ergebnis.....	56
2. Vereinbarkeit mit dem Kollegialprinzip	57
a) Herleitung und Inhalt.....	57

b) Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung	58
aa) Inhalt	58
bb) Sachliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	59
cc) Projizierung auf das Vetorecht	60
1) Bestehen eines Sachgrundes	60
(aa) Zusätzlicher Kontrollmechanismus	61
(1) Divergenz zwischen Unternehmens- und persönlichem Interesse der Vorstandsmitglieder	61
(2) Spezifische Gefahren bei Gruppenentscheidungen	64
(3) Neuralgischer Punkt: Bildung einer gemeinsamen Präferenzordnung im Vorstand	67
(4) Vote trading	68
(5) Beispiel	68
(6) Vetorecht als willkommenes Kontrollinstrument	70
(7) Kontrollmechanismus als zulässiges Kriterium	72
(bb) Besondere Expertise eines Vorstandsmitglieds	73
(cc) Verkürzung des Entscheidungsprozesses	74
2) Kein krasses Ungleichgewicht	75
dd) Ergebnis	77
c) Vergleich mit Stichentscheidungsrecht	77
d) Keine Beeinträchtigung der mit dem Kollegialprinzip verbundenen Vorteile durch ein Vetorecht	78
aa) Ausgewogene Entscheidungsfindung	79
bb) Keine unzulässige Beeinträchtigung der kollegialen Richtigkeitsgewähr	80
cc) Bessere Vorbereitung und Begründung von Beschlussvorlagen	81
dd) Geringere Gefahr vorgefasst-einseitiger Beschlüsse	82

ee) Sicherung der Kontinuität der Willensbildung	82
ff) Förderung der horizontalen Selbstkontrolle im Vorstand.....	82
e) Organisationsfreiheit im Spannungsverhältnis zum Kollegialprinzip.....	83
f) Ergebnis.....	84
3. Zusammenfassung.....	84
V. Seitenblick in das GmbH-Recht.....	84
B. Vetoberechtigung sämtlicher Vorstandsmitglieder.....	86
I. Zulässigkeit.....	86
II. Kein exklusives Recht des Vorsitzenden.....	87
C. Zulässigkeit einer bindenden Regelung in der Satzung	89
D. Rechtsvergleich.....	90
I. Österreichisches Recht.....	90
1. Gesetzliche Rahmenbedingungen.....	90
2. Zulässigkeit eines Vetorechts zu Gunsten des Vorsitzenden	91
3. Ein „einfaches“ Vorstandsmitglied als Träger eines Vetorechts	92
4. Rückschluss auf die Rechtslage in Deutschland	93
II. Schweizerisches Recht	94
1. Gesetzliche Rahmenbedingungen.....	94
2. Unzulässigkeit eines Vetorechts	95
3. Rückschluss auf die Rechtslage in Deutschland	97
§ 3 Zulässigkeit des Vetorechts in einer mitbestimmten Gesellschaft.....	99
A. Vetorecht eines Vorstandsmitglieds	99
I. Gesetzlicher Rahmen	99
II. Die Argumente des BGH und der ihm folgenden Literatur.....	100
III. Die Argumente der Minderansicht.....	101
IV. Stellungnahme.....	102
1. Keine Verletzung der Mindestzuständigkeit gemäß § 33 Abs. 1 S. 1 MitbestG.....	102

a) Kein Einfluss des Vetorechts auf die Aufgabenwahrnehmung durch den Arbeitsdirektor.....	102
aa) Umfang der Aufgaben.....	103
bb) Keine Beeinträchtigung durch ein Vetorecht	104
b) Keine Sonderstellung des Arbeitsdirektors/ kein besonderer Schutz bei Zuständigkeit des Gesamtvorstands.....	106
aa) Wortlaut	107
bb) Gesetzessystematik	107
1) Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats und der Hauptversammlung, Weisungen im Konzern	107
2) Vergleich zu der mitbestimmten GmbH	109
cc) Historische Auslegung	110
dd) Ergebnis	110
c) Argumente des BGH nicht haltbar.....	110
d) Ergebnis.....	112
2. Keine unzulässige Ungleichbehandlung zu Lasten des Arbeitsdirektors.....	112
a) Kein über den allgemeinen Gleichberechtigungs- grundsatz hinausgehendes Diskriminierungsverbot ...	113
b) Keine strengereren Anforderungen aufgrund von § 33 Abs. 1 S. 1 MitbestG	113
aa) Ansatz der Minderansicht	114
bb) Stellungnahme.....	114
c) Keine unbedingten Einzelentscheidungsbefugnisse des Arbeitsdirektors	115
aa) Die einzelnen Ansichten in der Literatur.....	115
bb) Stellungnahme.....	116
1) Entscheidungsprozess im Vorstand.....	117
2) Beispiel: funktionale Organisation	118
d) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	119
aa) Geltung der allgemeinen Grundsätze	119
bb) Keine unzulässige an die Stellung des Arbeitsdirektors anknüpfende Differenzierung ...	120
e) Ergebnis.....	121

B. Arbeitsdirektor als Träger eines Vetorechts	121
C. Zulässigkeit eines Vetorechts, welches für Ressort des Arbeitsdirektors nicht gilt	122
§ 4 Das aufschiebende Vetorecht.....	123
A. Allgemeines	123
B. Zulässigkeit	123
C. Kein Element der Verfahrens- und Sitzungsleitung	124
D. Minus gegenüber dem endgültigen Vetorecht	126
§ 5 Einzelne mit dem Vetorecht verbundenen Rechtsfragen	127
A. Rechtsgeschäftliche Fragestellungen.....	127
I. Rechtsnatur des Veto und der richtige Adressat	127
II. Unzulässigkeit einer Vertretung, Möglichkeit einer Botenschaft	128
III. Bedingungsfeindlichkeit der Vetoerklärung.....	131
IV. Etwaige Ausschlussfrist für die Ausübung des Vetorechts.....	132
V. Möglichkeit eines Widerrufs der Vetoerklärung	133
VI. Anfechtung der Vetoerklärung	134
1. Anwendbarkeit der §§ 119 ff. BGB	134
2. Schadensersatzpflicht nach § 122 Abs. 1 BGB	134
VII. Nichtigkeit nach §§ 134, 138 Abs. 1 BGB	135
1. § 134 BGB	135
2. § 138 Abs. 1 BGB	136
B. Voraussetzungen für die Ausübung des Vetorechts.....	137
I. Abstimmungsverfahren und Inhalt des Antrags	137
II. Grund für die Ausübung des Vetorechts.....	138
1. Verstoß gegen Gesetz oder Satzung	139
2. „Schwerwiegende Bedenken“	139
C. Die mit einem Vetorecht verbundenen Rechte und Pflichten	140
I. Pflichten des vetoberechtigten Vorstandesmitglieds.....	140
1. Begründungspflicht.....	140
2. Mögliche Pflicht zur Einlegung eines Veto.....	140
3. Keine Pflicht zur vorausgehenden Konsultation.....	141

II. Keine Wirkung eines pflichtwidrigen Vetos.....	141
1. Allgemeines	141
2. Pflichtwidrigkeit eines Vetos.....	142
a) § 93 Abs. 1 S. 1 AktG	142
b) Verletzung der Treuepflicht	143
III. Haftung durch Einlegung eines pflichtwidrigen Vetos ...	144
IV. Möglichkeit einer erneuten Abstimmung	144
D. Etwaiger Ausschluss des Vetorechts im Einzelfall.....	145
I. Bestehen eines Stimmrechtsverbots.....	145
II. Widerspruch zwischen Stimmabgabe und Veto.....	146
E. Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Veto.....	146
I. Feststellungsklage	147
1. Statthafte Klageart.....	147
2. Feststellungsfähiges Rechtsverhältnis	148
a) Herrschende Meinung	148
b) Mindermeinung	149
c) Stellungnahme	149
3. Feststellungsinteresse.....	150
a) Allgemeines	150
b) Potenzielle Träger eines Feststellungsinteresses.....	150
aa) Vorstandsmitglieder.....	150
bb) Aufsichtsratsmitglieder.....	152
cc) Der Vorstand oder Aufsichtsrat als Kollegialorgan	153
1) Herrschende Meinung	153
2) Minderansicht	153
3) Kein Streitentscheid erforderlich	154
II. Gründe für das Fernliegen eines gerichtlichen Verfahrens in der Praxis	155
1. Alternative Wege für die Durchsetzung einer Geschäftsführungsmaßnahme	155
2. Vollziehung des Beschlusses trotz (rechtswidrigen) Vetos.....	156
3. Zeitlicher Aspekt eines Gerichtsverfahrens.....	157

F. Regelungsvorschläge für ein Vetorecht in der Geschäftsordnung oder Satzung.....	157
I. Allgemeines	157
II. Regelungsvorschläge in der Literatur.....	157
1. Vetorecht.....	158
2. Aufschiebendes Vetorecht.....	158
3. Anmerkungen	159
III. Eigene Regelungsvorschläge.....	160
1. Allgemeines Vetorecht	160
a) Vetorecht eines Mitglieds	160
b) Gemeinsames Vetorecht zweier Vorstandsmitglieder	161
2. Ressortbezogenes Vetorecht	162
3. Aufschiebendes Vetorecht.....	162
§ 6 Zusammenfassung	164
Literaturverzeichnis	171

